

legitim: Wann ist ein solches Ideengeflecht gut und wann ist es böse? Im Moment, glaube ich, kann man sich ganz gut an der Respektierung von Menschenrechten orientieren, aber es gibt viele andere Dinge und ich denke, wir sprechen das nächste Mal, bei der Frage der sozialistischen Persönlichkeit, auch von diesen Dingen. Es gibt eine Reihe von Dingen, und das ist ja offenbar jetzt so ein neues Steckenpferd, die in den Ideologien liegenden, ich nenne es mal anthropologischen Grundkonzeptionen, die falsch sind, sowohl beim Faschismus vor allem aber beim Nationalsozialismus, genauso wie beim Marxismus, zu ergründen. Die sind es doch die Verbiegungen hervorrufen und die letztlich dann zum Untergang von Staaten oder zu negativen Erscheinungsformen, Verbrechen u.ä. führen, und daher, lieber Herr Hansen, war ich besonders dankbar für Ihre Frage: „Wo bleibt das Pro?“. Ein Staat kann auf die Dauer nicht geistig existieren nur mit dem „Anti“. Das kann kein Mensch, das kann kein Staat. Und so ist das „Pro“ in der Tat die große Aufgabe, die wir wieder, gerade in Bezug auf die neuen Bundesländer, zu erfüllen haben. Aber ich würde sagen, auch in Bezug auf unsere alten Bundesländer, denn hier liegt es gewaltig im argen. Es ist, würde ich sagen, im Moment doch so, daß gerade weil den Menschen eine falsche Ideologie „drüben“ in der DDR nahegebracht wurde, eingepflegt wurde, man den Eindruck hat, daß junge Menschen, vielleicht auch ältere das können wir alles noch nicht sehen, nun aus lauter Suche nach einem „Pro“ in die falsche andere Ideologie gestolpert sind, so daß sich auf diese Weise dieses schreckliche Aufschaukeln und Ablösen von Marxistischem und Rechtsextremistischem erklärt. Aber das ist eine Frage, die wir mit großem Ernst in Zukunft weiterverfolgen müssen und hier sehe ich eine ganz wichtige Aufgabe unserer Kommission. Dankeschön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Berichterstattergruppe für diese Anhörung hat uns eine 30-minütige Pause verordnet. Sie hat allerdings auch gesagt, wir sollen um 15.00 Uhr aufhören und ich weiß, daß es dabei wieder um eine Reihe von anderen Terminen geht. Von daher sehe ich ein Problem, weil wir jetzt überlegen müssen, wie wir damit umgehen. Wenn wir jetzt eine Pause von 30 Minuten machen und dann tatsächlich pünktlich beginnen, wäre es dann 13.55 Uhr. Rein theoretisch wäre das noch möglich, weil wir dann nur noch zwei Kurzreferate von 20 Minuten haben. Aber dann wäre kaum noch Raum, um Fragen zu stellen.

Nun möchte ich den vorletzten Referenten um das Wort bitten, es ist unser Kollege, Mitglied des Deutschen Bundestages, Konrad Weiß, zum Thema: Rechtsextremismus in der Endzeit der DDR. Bitte, Herr Weiß.

Konrad Weiß, MdB: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Lassen Sie mich bitte auch im Anschluß an die vorherige Diskussion eine Vorbemerkung machen. Für mich persönlich ist der Begriff „Antifaschismus“ positiv besetzt

und ich verstehe mich, und habe mich immer als Antifaschisten verstanden. Und ich denke, wir müssen hier einfach annehmen, daß es in Deutschland unterschiedliche Traditionslinien und Entwicklungen gegeben hat. Was bisher völlig außer acht geblieben ist, ist, daß es neben dem marxistisch oder kommunistisch geprägten Antifaschismus in der DDR immer auch einen christlich geprägten Antifaschismus gegeben hat, der auch im Widerspruch zur DDR, zur SED, gestanden hat. Ich kann dies hier nicht ausführen, obwohl es sicher einen Vortrag wert wäre, ich will nur einen Namen nennen, der symptomatisch für diesen christlichen Antifaschismus ist, das ist Lothar Kreyszig, der Präses der Synode der Union, Gründer von Aktion „Sühnezeichen“. Kreyszig, der zur bekennenden Kirche gehörte, hat nach 1945 eine Zusammenarbeit als Jurist mit der SBZ abgelehnt, hat als Präses der evang. Kirche nicht ein einziges Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen geführt. Diese christliche Traditionslinie ist nie voll akzeptiert worden. Ich habe 1985, das ist symptomatisch wiederum, versucht, für das damalige CDU-Zentralorgan die „Neue Zeit“, einen Nekrolog für Lothar Kreyszig zu schreiben. Ich habe diesen geschrieben, aber er ist natürlich nicht gedruckt worden. Er ist erst nach der Wende in der „Neuen Zeit“ gedruckt worden. D.h., also auch die CDU, als eine sogenannte christliche oder sich christlich nennende Partei in der DDR, hat mit dieser antifaschistischen Traditionslinie, die aus christlichen Motiven hergekommen ist, nichts zu tun haben wollen. Ich denke, deswegen ist es legitim, auch heute von Antifaschismus zu sprechen und nicht nur darin einen verordneten Antifaschismus zu sehen. Einen Begriff, den ich im übrigen für töricht halte. Ich habe 1988, und so habe ich das auch mit Frau Prof. Wisniewski vereinbart, über junge Faschisten in der DDR geschrieben und ich will heute im Grunde genommen aus dem Erkenntnisstand von damals referieren.

Wie bin ich zu diesen Erkenntnissen gekommen? Meine ersten Erfahrungen, daß es wieder einen erstarkenden Rechtsradikalismus in der DDR gibt, stammen aus dem Jahre 1978. Damals gab es bereits vereinzelte Rechtsradikale, die aus ihrer Gesinnung keinen Hehl gemacht haben. Ich habe daraufhin 1980 einen Film gemacht, wo ich versucht habe das aufzuarbeiten und habe mich in den 80er Jahren intensiv mit der Thematik beschäftigt. Ganz offensichtlich geworden ist es aber, so daß es auch jeder DDR-Bürger und jede DDR-Bürgerin zur Kenntnis hätte nehmen können, spätestens seit 1987, als es eine ganze Reihe von rechtsradikalen Ausschreitungen gegeben hat. Ich habe mich bei meinen Recherchen damals wesentlich auf Publikationen in der Tagespresse stützen können. Gerade auch die Bezirkszeitungen, soweit sie für mich greifbar waren, haben darüber berichtet, nur war es als Rowdytum verschleiert. Man mußte also verstehen, was sich eigentlich dahinter verbirgt. Wenn irgendwo ein jüdischer Friedhof geschändet worden war, was Mitte der 80er Jahre in der DDR nicht selten war, dann war das einfach Rowdytum,

aber nicht etwa Rechtsradikalismus. Weitere Quellen waren die Recherchen von Kollegen. Insbesondere von einem Kollegen, von Roland Steiner, der 1988 die Genehmigung erhalten hatte, einen Film über diese Rechtsradikalen zu machen und damit auch an Informationsmaterial herangekommen ist. Ich habe über ihn auch selbst Kontakt zu Rechtsradikalen bekommen. Ich habe auch die Möglichkeit gehabt, einmal an einer Gerichtsverhandlung gegen Rechtsradikale teilzunehmen, auch das war wiederum ganz bezeichnend. Die Eltern dieses dort Verurteilten waren Angehörige des Staatssicherheitsdienstes. Sowohl die Mutter als auch der Vater waren Offiziere beim Staatssicherheitsdienst. Weitere Quellen für meine Erkenntnisse waren Untersuchungen, die zum einen das Ministerium des Innern angestellt hat und zum anderen eine Arbeitsgruppe an der Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften. Da diese Wissenschaftler mit ihren Untersuchungen keine Chance hatten, Gehör zu finden, bei denen, die es eigentlich anging, nämlich bei der DDR-Regierung, haben sie aus Verantwortung versucht, das auf anderem Wege weiter zu bringen. Ich habe das genutzt. Ich habe die Informationen genutzt, natürlich immer sehr skeptisch, die Informationen aus dem MdI waren z.B. Recherchen aus Verhörprotokollen, die ich natürlich nicht gesehen habe, ich habe nur die Quintessenz zu hören bekommen. Ich habe die Unterlagen, die ich 1988 darüber gesammelt hatte, bevor ich diesen Aufsatz veröffentlicht habe, vernichtet, einfach weil ich meine Quellen schützen mußte. Das ist aber heute noch nachzuvollziehen. Der eine Mitarbeiter dieser Ermittlungsgruppe aus dem Ministerium des Innern ist auch, glaube ich, ins Beamtenverhältnis übernommen worden, ganz einfach, weil er sich da hat nichts zu Schulden kommen lassen, im Gegenteil, eben durch seine Bereitschaft, das auch nach außen zu geben, unter großem Risiko, das hatte auch Konsequenzen für ihn. Wie gesagt, habe ich 1980 diesen Film über Faschismus gemacht. Das war für mich die Gelegenheit, von 1980 bis 1989 etwa 100 Filmforen mit jungen Leuten zu dieser Thematik durchzuführen. Dies spielte sich meistens in Kirchengemeinden ab, aber ich habe auch die Gelegenheiten genutzt, um mit Jugendweihegruppen zu sprechen, in Schulen zu sprechen etc. Ich habe da sehr genau gespürt, welche Fragen da sind, welches Wissen da ist und was letzten Endes sich da auch an Problemen abzeichnet. Von den Ereignissen, die Ihnen vielleicht in Erinnerung sind, will ich nur einige erwähnen. Dazu gehört, daß im November 1987 in Oranienburg, in der Nähe von Sachsenhausen, eine Gruppe junger Faschisten, die sich selbst „Faschos“ nannten, deswegen denke ich, kann man auch diesen Begriff „Faschisten“ gebrauchen, diese hatten monatelang die Umgebung dort terrorisiert, hatten in Gaststätten Leute angegriffen, hatten auf der Straße Menschen überfallen und eingegriffen hat die Polizei erst, als sie ein VP-Fahrzeug umgekippt und die Insassen tödlich angegriffen haben. Bei der Verhaftung fand man dann faschistische Abzeichen und die Hakenkreuzfahne. Es wurde heute schon der Überfall auf die Zionskirche erwähnt, wobei hier für mich interessant wäre, ich weiß nicht

ob die Erkenntnisse in der Gauck-Behörde schon so weit sind, einmal zu erfahren, inwieweit solche rechten Gruppen auch vom Staatssicherheitsdienst instrumentalisiert worden sind, um durch Aktionen gegen Alternative und Bürgerrechtsgruppen aus der rechten Szene heraus ein bestimmtes politisches Ziel zu verfolgen. Dieses Gerücht tauchte schon 1988 auf. Ich konnte es bisher nicht verifizieren, aber das wird sich sicher in den Unterlagen der Gauck-Behörde finden lassen. Ein sehr spektakuläres Ereignis war, im März 1988, die Verwüstung auf dem historischen jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Berlin. Wer die Gegebenheiten kennt, weiß, daß dieser jüdische Friedhof unmittelbar an das zuständige Polizeirevier, was Tag und Nacht besetzt ist, begrenzt hat. Obwohl diese Verwüstungen über mehrere Nächte hin stattgefunden haben, angeblich von harmlosen jungen Leuten, hat die Polizei nicht eingegriffen. Auch erste Überfälle auf Ausländer, Straftaten mit rassistischem Hintergrund sind in dieser Zeit bereits deutlich. Bereits im April 1988 wurde in Halle ein Mosambikaner zusammengeschlagen. In der Sprache der Rechten hieß das auch damals schon, das haben sie vor Gericht ausgesagt: „einen Nigger aufklatschen“ oder im Mai 1988, auch das war in der Bezirkspresse zu lesen, wurden zwei Afrikaner aus dem fahrenden Zug gestoßen. Für viele Bürgerinnen und Bürger in der DDR war es unverständlich, wie es nach einer antifaschistischen Erziehung, nachdem auch in den Schulen über das, was 1933 bis 1945 in Deutschland geschehen war, gesprochen wurde, dazu kommen konnte. Offiziell wurde versucht, das immer als Einzelercheinung darzustellen und man versuchte, Beziehungen zu Rechtsradikalen in der Bundesrepublik herzustellen. Ich will nicht abstreiten, daß es solche Beziehungen sicher auch gegeben hat, auch dafür gibt es Hinweise und Beweise, aber letzten Endes war das eine Verharmlosung. Daß man nicht bereit war, sich damit auseinanderzusetzen, zeigt auch, daß es nicht möglich war, im Juli 1988 in der evang. Wochenzeitung „Die Kirche“, einen Kommentar zu dieser Thematik zu veröffentlichen. Pikanterweise wurde dieser Kommentar und die ganze Ausgabe vom Leiter des Presseamtes der DDR, Kurt Blecha, verboten, der selber ein NSDAP-Mitglied gewesen ist. Ich weiß nicht in welcher Funktion, er war sicher kein großer NSDAP-Mann, aber für mich war das damals ein Schock zu wissen, da sitzt ein alter Nationalsozialist, der heute Publikationen über die Auseinandersetzung mit dem Faschismus verbietet. Zu Beginn der 80er Jahre schienen das noch Ausnahmesituationen zu sein. Es war nicht erkennbar, ob dahinter ein ideologisches Konzept steckte. Man konnte annehmen, daß es eine von vielen jugend-kulturellen Strömungen war, aber seit etwa 1983 scheinen sich diese „Faschos“ organisiert zu haben. Sie treten auf als Skins, werden törichterweise, oder auch nichttörichterweise, auch das ist bezeichnend für die Arbeit des Staatssicherheitsdienstes, anfangs generell als Punks bezeichnet. So wie alles, was irgendwie anders war, als Punks bezeichnet wurde. Man hat überhaupt keine Unterschiede in der ideologischen Position gemacht. Es gehörte spätestens seit Mitte 1985 zum Alltag in der DDR, daß auf Fußball-

plätzen, insbesondere auf den Fußballplätzen in der Dynamo-Vereinigung, also der Vereinigung des Staatssicherheitsdienstes, rassistische Äußerungen üblich waren. So gab es einen jüdischen Fußballspieler, der immer von solchen Skins als „Judensau“ beschimpft wurde und das alles unter den Augen der Polizei. Es hat gelegentlich den Versuch gegeben, dagegen vorzuschreiten, aber es ist offenbar nie ernsthaft vorgegangen worden. Diese rechtsradikalen Gruppierungen, zum einen die Skinheads, dann aber auch die Faschos, und das sind und waren in meinen Augen die gefährlicheren, haben natürlich konspirativ gearbeitet. Es war klar, wer sich als Bürger mit faschistischen Äußerungen an die Öffentlichkeit wagt, hat eine Strafverfolgung zu erwarten, so daß sich diese Verbreitung der faschistischen Ideologie ganz offenbar in absolut geschlossenen Zirkeln fortgesetzt hat. Anfang 1988 schätzte man, so ist aus den Unterlagen des MfI zu entnehmen, die Anzahl der in faschistischen Gruppen organisierten jungen Leute in der DDR auf ungefähr 1000. In den Berufsschulen rechnete man, daß es pro Klasse zwei bis drei Rechtsradikale gibt. Soziologisch, soweit es erkennbar war, soweit es mir zugänglich war, war es damals so, daß diese Faschos und Skins sowohl aus Arbeiter- als auch aus Intellektuellen-Familien kamen und auffällig war, wie eben gesagt, daß viele aus SED- und auch aus Stasi-Familien gekommen sind. Das Verhältnis von jungen Männern und jungen Frauen war etwa 5:1, das ist heute immer noch so und auffällig war auch, daß die jungen Männer, anders als der Durchschnitt in der DDR, sehr spät geheiratet haben, also sehr lange alleinstehend waren, was auch gewisse Rückschlüsse auf Persönlichkeitsstrukturen zuläßt. Es war damals sehr schwierig, die Frage nach einem politischen Programm der Rechten wirklich gültig zu beantworten. Ich denke, daß sie ihre Gedankenwelt zum einen aus Überlieferung in den Familien bezogen haben, zum anderen aber auch schon in der Lage waren, sich Informationen zu verschaffen. Es kursierte, das war überhaupt kein Geheimnis, Hitler's „Mein Kampf“. Es wurde aber auch aus antifaschistischen Schriften und Darstellungen Informationsmaterial bezogen. Ich kann mich sehr gut an eine Ausstellung erinnern, die in Pankow in der Kirche „Evangelisten“ stattfand, zu den großen Progomen im November 1938, wo Bilder verschwanden, die dort von Ausschreitungen der Nationalsozialisten gegen Juden gezeigt worden waren. Das wurde mir z.B. auch aus der Friedensbibliothek berichtet. Also, sie waren sehr findig auch Informationsmaterial zu bekommen. Schon damals war den Skinheads und Faschos gemeinsam, daß sie die DDR abgelehnt haben. Aber sie haben auch deutliche Vorbehalte gegen die westdeutsche Demokratie gehabt. Sie sind zwar für ein vereinigt Deutschland eingetreten. So habe ich hier ein Zitat: „Wir treten ein für ein vereinigt Deutschland, die ganze Linke, das kotzt einen ja an in diesem Scheiß Staat“ oder: „Rechtsradikal sein heißt, konsequent einzuschreiten, einzutreten gegen diese totalen Phrasenschreier, gegen die ganzen Ja-Sager, wir sind keine Ja-Sager, wir stehen zu unserer Meinung“. Eindeutig war, daß die Faschos für die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den

Grenzen von 1938 waren, dafür gibt es Belege und Hinweise. Es gab auch in gewissem Umfang, wobei auch das sehr schwer zu verifizieren war, zu jenem Zeitpunkt außenpolitische Aktivitäten. Konsequenterweise richtete sich der Haß der Rechten gegen die Siegermächte des zweiten Weltkrieges und da war eine rege Reisetätigkeit in sozialistische Nachbarländer auszumachen. Es gab offenbar Beziehungen zur ungarischen, tschechoslowakischen, baltischen und ukrainischen rechten Szene und den Austausch von Propagandamaterial, von Wehrsportausrüstungen und Waffen sowie den Versuch, eine gemeinsame Logistik aufzubauen. Wie gesagt, auch Kontakte zu den Skinheads und der politischen rechten Szene in der Bundesrepublik waren durchaus vorhanden, aber ich denke, daß die in der DDR immer überschätzt worden sind. Bezeichnend war ein ausgesprochener Antiamerikanismus und ich denke, daß auch Antisemitismus und Rassismus latent vorhanden waren, die aber, das sage ich jetzt ganz salopp „mangels Gegenständen fehlten“. Es gab wenig Ausländer und es gab fast keine Juden in der DDR, so daß es nicht zum Ausbruch kommen konnte, aber antisemitische Sprüche gehörten völlig zu dem Standard, zu den Werten dieser neuen Rechten. Sie wurden von den Mitbürgerinnen und -bürgern zunehmend als arbeitsame, ordentliche, disziplinierte junge Mitbürger akzeptiert oder wie mir das jemand aus dem Ministerium des Innern sagte: „Die antifaschistische Widerstandskraft in der DDR-Bevölkerung bröckelt ab“. Vieles, was uns von 1933 bekannt ist, kehrt wieder: deutsche Ideale, gesunde Lebensführung, körperliche Ertüchtigung. Sie selbst haben sich als Elite der deutschen Jugend verstanden. Persönlichkeitskultur und Kameradschaftsgeist waren solche Ideale. Natürlich hatten sie ein ausgesprochenes Elitebewußtsein, was auch eine unbedingte Gläubigkeit an die Ideen und Idole voraussetzte. Es gab bestimmte Bewährungsrituale ehe man in den engeren Kern aufgenommen wurde. Dazu gehörte es, wehrlose Leute, völlig Unbeteiligte also, zusammenzuschlagen. Es muß auch, dafür gibt es Hinweise, Führungsstrukturen gegeben haben, denn wenn ein Führer aus den Gruppen ausschied, war auf nicht nachvollziehbare Weise ein Nachfolger da, der in die Interna eingeweiht war, obwohl innerhalb der Gruppe auch eine strenge Konspiration vorhanden war. Also muß es damals irgendwelche übergeordneten Strukturen gegeben haben. Das ist aber, wie gesagt, aus dem Stand von 1988 nicht zu verifizieren gewesen. Interessanterweise haben die Rechten oft versucht, systematisch in die Volksarmee, die GST (Gesellschaft für Sport und Technik), eine paramilitärische Vereinigung, und in die FDJ reinzugehen und dort insbesondere als sogenannte „Ordnungskräfte“ zu wirken. Man hat dann also auch „den Bock zum Gärtner gemacht“. Das ist allerdings 1987/88 bekannt geworden, so daß man versuchte, diese „Ordnungskräfte“ zu unterbinden und innerhalb der Volksarmee wiederum gab es bestimmte Einheiten, z.B. die Fallschirmjäger, wo massiv junge Leute, die vorher Skinheads gewesen waren, auftauchten. Inwieweit das einfach durch die entsprechenden Anträge, die sie gestellt haben, gesteuert war, oder aber von Leuten die innerhalb der Volksarmee

bereits eine Truppe zusammengestellt hatten, ist natürlich aus der damaligen Sicht auch nicht zu beurteilen. Schließlich, ich komme zum Ende, obwohl noch viel zu sagen wäre, wäre noch interessant die Rolle, die diejenigen spielten, die verurteilt waren und die in Haft gekommen sind. Sie wurden zu wirklichen Märtyrern der Bewegung gemacht. Es war so, daß sie die Haft als ihre Akademie bezeichneten, d.h. innerhalb der Gefängnisse gab es Strukturen, das ist ja auch nach der Wende bekannt geworden, von Rechtsradikalen, die die ganzen Schlüsselpositionen besetzt hatten. Die waren die Kalfaktoren, sie waren diejenigen, die als Blockälteste das Sagen hatten und wer da nicht spurte, auch die entsprechenden Schulungen nicht mitgemacht hatte, hat unter Umständen auch schwer zu leiden gehabt. Ich kenne das von einem befreundeten Pfarrer, das ging bis dahin, daß Fäkalien getrunken werden mußten. Ich würde gerne noch, obwohl meine Zeit zu Ende ist, ganz kurz auf die Hintergründe eingehen. Darüber ist vorhin schon viel gesagt worden. Ich glaube, daß es ganz entscheidend gewesen ist, daß es 1945 in der DDR für viele nicht wirklich möglich war, umzukehren, eine wirkliche Abkehr vom Faschismus durchzumachen. Diejenigen, die es getan haben, waren dann sehr bald mit den Realitäten konfrontiert, daß der Antifaschismus in der DDR eben involviert war, der kommunistische Antifaschismus mit den stalinistischen Strukturen involviert war, der vom äußeren Erscheinungsbild her jedenfalls, und sicher auch von den Strukturen her, sehr viel Ähnlichkeiten hatte. Eine öffentliche Diskussion hat es nicht gegeben, die es möglich gemacht hätte, daß man das aufarbeitet, daß auch der kleine Mitläufer oder derjenige, der einfach nur geschwiegen hat, sich zu seiner Schuld hätte bekennen können. Wer das getan hätte, wäre nach Sibirien abgewandert, das ist auch hundertfach passiert. Ich denke, auch die Kirchen haben da versagt, bis auf Ausnahmen vielleicht mit dem was durch das Stuttgarter Schuldbekennntnis versucht wurde, was dann aber sehr schnell abgeriegelt wurde, und mit dem, was in „Aktion Sühnezeichen“ versucht wurde. Dazu kommt, aus meiner Erfahrung, daß diese übermenschliche Reinheit und die Edelmenschlichkeit, die die antifaschistischen Kommunisten für sich beansprucht haben, die dann natürlich an diesem Anspruch gemessen wurden, die aber mit der Realität nichts mehr zu tun hatte, viel dazu beigetragen hat, daß sich junge Leute abgewendet haben. Schließlich ein weiterer ganz wichtiger Punkt ist, daß sie natürlich in der Auseinandersetzung mit elterlichen und staatlichen Autoritäten wußten, womit sie diesen am meisten weh tun können, das waren eben faschistische Äußerungen oder sich als Faschist zu bekennen, und das sind neben anderen Gründen einige der Ursachen, weswegen es möglich war, daß es zu dieser Entwicklung kommen konnte. Mich hat es überhaupt nicht überrascht, was sich dann nach 1989 in der DDR abgespielt hat, wobei ich die Ereignisse von Treptow anders einordnen würde. Ich bin nach wie vor überzeugt, daß das nicht eine Aktion von Rechtsradikalen gewesen ist, sondern eine Aktion vom Staatssicherheitsdienst.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Konrad Weiß. Der letzte Kurzvortrag wird uns heute von Herrn Dr. Geiger gehalten. Herzlichen Dank, daß Sie aus der Hauptstadt in den Noch-Regierungssitz gekommen sind, wir sind gespannt, was Sie uns zu sagen haben.

Dr. Hansjörg Geiger: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die freundliche Begrüßung. Meine Damen und Herren, selbstverständlich will ich mich auch kurz fassen und den Berg, den ich vor mir liegen habe, nur teilweise angreifen. Ich kann aber sagen, für die die mehr wissen wollen, wir haben versucht, einen ersten Überblick über das, was wir wissen, in einer Analyse und in einem Bericht zusammenzufassen. Ein Mitarbeiter von uns hat eine erste vorläufige Broschüre mit dem Titel: „Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS“ geschrieben.

Manche Sachen, die ich heute sage, stehen da nicht drin, dafür noch viel mehr als ich Zeit habe. Das MfS hatte wohl mit den besten Überblick über das, was wir heute als Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus in der DDR bezeichnen. Das lag daran, MfS-typisch, daß das MfS immer versucht hat, von allem so viel wie möglich zu erfahren, aber auch die Reaktionen waren MfS-typisch. Man hat in erster Linie Symptome bekämpft, mit dem üblichen Einsatz an Mittel, auch Gewalteinsatz. Die Ursachen wollte man nicht wahrnehmen und wollte sie auch nicht erforschen, man hat Entsprechendes zum Teil auch abgeblockt, soweit Ansätze mal da waren. Die Bezeichnung „negativ dekadent“ bei Jugendlichen oder „Rowdytum“ ist so ein Hinweis, daß man das Ganze in eine Richtung drängen wollte, die weniger weh tut. Wir haben es vorhin gerade gehört, ich bringe nachher noch ein paar Beispiele. Das MfS hat letztlich im Sommer 1989, wie in einer Art Abschlußbericht, ich zitiere danach noch kurz daraus, letzten Endes auch nur den eigenen Mißerfolg dokumentiert. Wir haben mehrfach gehört, daß es spätestens in den 80er Jahren in der DDR Ansätze von Rechtsradikalismus unter Jugendlichen gab. Die Zahlen, die das MfS bisher genannt hat, schwanken zwischen 800 und 1100 und ich möchte mal, das ist etwas Neues, einen Überblick geben, weil es aus der heutigen Sicht interessant ist, wo wir heute Schwerpunkte haben und wo das MfS sie damals gesehen hat. Bei den Skinheads, die nur eine Gruppierung sind, die das MfS beobachtet hatte, haben wir in Berlin 447 vom MfS erfaßte Personen, in Rostock dagegen nur 9, Schwerin 3, Neubrandenburg 9, Potsdam, ein weiterer Schwerpunkt mit 120, das lag vielleicht auch an der Tatsache, daß man von Berlin aus das Ganze lange Zeit viel stärker ernst genommen hat, Frankfurt/Oder 82, Cottbus 53, Magdeburg 66, Halle 36, Leipzig 88, Dresden 45, Karl-Marx-Stadt nur 6, Gera 39, Erfurt 38, Suhl 26. Das ergibt zusammen 1067. Dazu kämen jetzt schon aus dieser Übersicht, die ich jetzt nicht dazu gezählt habe, Personen, die das MfS den Heavy Metals zugerechnet hat und die das MfS ebenfalls als rechtsradikale Gruppierung angesehen hat. Das MfS hat selbst erkannt, daß diese Zahlen der von ihnen erfaßten Personen nicht

abschließend sind. Denn in einer Untersuchung, die am 07.02.1988, aufgrund einiger Kontrolleinsätze in einigen Bezirksverwaltungen und insbesondere in Berlin durchgeführt worden ist, und die das Ziel hatte, in Durchsetzung der zentralen Aufgabenstellung, zu unverzüglichen Liquidierungen von jugendlichen Gruppierungen mit neofaschistischen, antisemitischen, ausländerfeindlichen Positionen, wurden auch Zahlen festgestellt. Dazu heißt es : „...darüber hinaus wurden weitere Personen in den operativen Materialien genannt, ohne daß eine konkrete Erfassung ersichtlich wurde“. D.h., das MfS hatte dann selbst nicht die Zeit, daß es die inzwischen angefallenen operativen Personenkontrollen oder operativen Vorgänge oder Ermittlungsverfahren daraufhin durchsieht, um die weiteren Zahlen und Daten herauszusuchen. Außerdem hat das MfS festgestellt, daß die Kriminalpolizei eine eigene Dokumentation auch über Rechtsradikale hatte, eine sogenannte Dokumentation R. Ein Vergleich hatte ergeben, daß in einem Teilbereich, den das MfS gemacht hat, hier von 13 Personen nur bei dreien eine Übereinstimmung der beiden Listen da war, d.h., daß beide Organisationen durchaus mit unterschiedlichen Personen gearbeitet hatten. Ich will damit sagen, daß die Zahl 1067 sicher nicht die obere Grenze war. Dieser entstehende Rechtsextremismus hat – wie bemerkt – in den MfS-Archiven Niederschlag gefunden. Wie ist das MfS zu diesen Unterlagen gekommen? Nun, wie bei allen operativen Materialien bediente sich das MfS der üblichen Informationsquellen, insbesondere auch des Einsatzes inoffizieller Mitarbeiter und es ist interessant, daß ca. 10 bis 15 Prozent der erfaßten Rechtsradikalen gleichzeitig inoffizielle Mitarbeiter des MfS waren, wobei das in der Regel wieder keine Ausnahme war. In der Regel waren es Personen, die dem MfS als rechtsradikal aufgefallen sind. Es ging also weniger um eine Einschleusung in Gruppierungen, sondern daß man Leute, die man erkannte hatte, indem man ihnen die Straftaten vorgehalten hat oder sie sonst gefragt hat, versuchte als IM zu werben. 10 bis 15 Prozent ist ein relativ hoher Wert, man hat natürlich Postkontrollen durchgeführt, Telefonüberwachung und die sonstigen Überprüfungen. Die Akten, auch zum MfS, haben wir noch nicht vollständig erfaßt und insbesondere noch nicht vollständig ausgewertet. Beispielsweise wäre sicher auch interessant, welche Rolle die HVA (Hauptverwaltung Aufklärung) hier gespielt hat. Hier ist nur ein Papier aufgetaucht, das ein Übergabeprotokoll von Arbeitsmaterial der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus – Neofaschismus der HVA“, kurz nach der Wende, an eine andere Einheit dokumentiert. Das zeigt also, hier muß gearbeitet worden sein, sonst wäre kein Arbeitsmaterial angefallen. Allerdings ist eine erste vorsichtige Einschätzung sicher möglich. Die Wahrnehmung des MfS ist geprägt von der Grundeinstellung des MfS und der SED-Führung zur Jugend. Sie gilt, wie bereits in einer Dienstanweisung aus dem Jahr 1966 des MfS festgestellt worden ist, als „für imperialistische Einflüsse anfällig“. Das ist dann auch ein späteres Erklärungsmuster, zumindestens ein nach außen dargegebenes. Es heißt z.B. in diesem Papier: „Es ist zu berücksichtigen, daß die

sozialistische Erziehung der Jugend, unter der Bedingung der Existenz des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems und der feindlichen Kräfte in West-Berlin und Westdeutschland sowie einzelner negativer und feindlich eingestellter Personen auf dem Gebiet der DDR erfolgt“. Dann heißt es weiter: „...dem Gegner gelang es, auf einzelne jugendliche Gruppierungen und Jugendliche teilweise Einfluß zu gewinnen usw.“ Daran merkt man, daß es damals möglicherweise auch etwas ähnliches gab, was wir später als Rowdytum oder Rechtsradikalismus dargestellt finden, das zu bekämpfen war. Andererseits, das ist von meinem Vorredner, Herrn Weiß, schon gesagt worden, hat das MfS lange Zeit eigentlich keine systematische Erforschung dieser „negativ dekadenten“ Jugendlichen vorgenommen, sondern hat alles, jetzt mal grob gesagt, was „aus-der-Reihe getanzt ist“, unter einem einzigen Topf erfaßt und zunächst war da das Schreckenswort „Punk“ und wir finden da ganz merkwürdige Papiere, übrigens bis zum Teil ins Jahr 1988 hinein, aus den Bezirksverwaltungen im Süden, da hatten sich die Erkenntnisse von Berlin noch nicht so durchgesetzt. Man hat 1986 in Berlin, häufig noch faschistoides Verhalten und das Linksradike eines Punks zusammengeworfen, hat das wenig differenziert. Auf Seiten der Jugend entsprach dem in der ersten Hälfte der 80er Jahre die Entstehung einer rechtsgerichteten jugendlichen Subkultur, die zunächst nach innen gerichtet war und in der politische Differenzen anfänglich keine große Rolle gespielt haben. Mitte der 80er Jahre fand, so kann man den Unterlagen entnehmen, eine stärkere Politisierung und Ideologisierung der rechten Subkultur statt. Aus dieser Subkultur wurde dann eine rechtsextrem-orientierte Bewegung. Wobei „Bewegung“ mir jetzt fast ein bißchen zu bombastisch ist. Zum Teil war diese Bewegung auch auf eine Veränderung der Gesellschaft gerichtet, zumindest partiell läßt sich das aus Äußerungen entnehmen, ich zitiere nachher noch ein paar. Die Konfrontation zwischen Jugendlichen unterschiedlicher politischer Orientierung wurde schärfer, es kam vermehrt zu Gewalttätigkeiten gegen andere Jugendliche, gegen Uniformierte, gegen Ausländer, wir haben vorhin schon Beispiele gehört, und auch gegen Homosexuelle. Auch ein paar Beispiele dazu, die das ein bißchen noch verdeutlichen mögen, was passiert ist und wie das MfS manches gesehen hat. Das MfS sagte in einem Papier von 1988: „...Die Gefährlichkeit derartiger jugendlicher Gruppen, der Rechtsradikalen, ergibt sich nicht in erster Linie aus ihrem äußeren Erscheinungsbild, sondern durch ihre Methode öffentlichkeitswirksam vorgetragener Gewalttätigkeit, mit neofaschistischen Äußerungen verbundene Handlungen“, und das MfS schreibt hier weiter, „Skinheads zeichnen sich durch übersteigertes Bewußtsein als Deutsche, verbunden mit Ausländerfeindlichkeit und Aggressivität, aus. Skinheads und skinheadähnliche Jugendliche verherrlichen den Faschismus bzw. einzelne Teilbereiche, dabei werden weniger die Verbrechen des Faschismus glorifiziert, sondern Erscheinungen wie Heldentum des deutschen Soldaten im zweiten Weltkrieg, deren Kraft und Stärke, Leistungsvermögen und Nationalstolz,

Zucht und Ordnung“ (das war ein Zitat aus einem MfS-Papier). Andererseits heißt es dann weiter in diesen MfS-Unterlagen aus 1988, und das macht vielleicht dann eine ganz andere Entwicklung deutlich: „Die überwiegende Mehrheit der Skinheads geht einer Arbeit nach. Im Gegensatz zu anderen negativ-dekadenten Jugendlichen zeigen sie zum Teil gute Arbeitsleistungen, Arbeitsdisziplin und werden in den Arbeitskollektiven anerkannt, ohne daß diese über ihre Freizeitaktivitäten informiert sind“. Das MfS zeigt dann auch die Beispiele auf, die z.B. schon angedeutet worden sind an faschistoider Gewalt. Das MfS beobachtet übrigens auch mit Sorge, daß inzwischen die rechtsradikalen Jugendlichen selbst auf staatliche Repressionen mit Gegenrepressionen antworten. Was vielleicht auch eine überraschende Erfahrung war, da normalerweise Repression im Regelfall dazu geführt hat, daß man zurückgewichen ist. So schreibt das MfS im gleichen Papier: „Von großer Bedeutung erweist sich, daß bei Reaktion seitens staatlicher Organe in den meisten Fällen mit einer Gegenreaktion genannter Jugendlicher zu rechnen ist“, und weiter heißt es dann mit Beispiel: „Ein Gaststättenverbot in Berlin-Hohenschönhausen nahm eine Gruppe von Skinheads zum Anlaß, sämtliche Thermo-Fenster, die waren besonders teuer, der Clubgaststätte zu demolieren.“ Es heißt weiter: „..., daß die Vorkommnisse mit öffentlichkeitswirksamen Charakter besonders mit brutaler Gewaltanwendung verbunden gewesen sind“. Und ich möchte dann noch ein paar Zitate aus Vernehmungen von jungen Skinheads vortragen, um auch das Bild noch etwas zu verdeutlichen, was das MfS wußte. Z.B. sagte ein Neunzehnjähriger: „Ich selbst bezeichne mich als Neonazi. An der faschistischen Zeit fand ich besonders gut, daß die Faschisten für ein sauberes Deutschland eintraten, weiterhin fand ich gut, daß sie die Weltherrschaft anstrebten und ein riesen Reich aufbauen wollten. Die KZ's hätte ich nicht errichtet, wenn das Reich gestanden hätte. Die vernichteten Menschen ab 1933 wären besser an die Front geschickt worden. Gut fand ich die Lösung des Ausländerproblems in der faschistischen Zeit mit den KZ-Lagern“. Ein Einundzwanzigjähriger sagt laut Protokoll: „Die Ausländer sollen raus aus der DDR. Ich habe versucht, dem mit Schlägereien Nachdruck zu verleihen“, oder andere: „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“. Eine Frau, damit das Element auch nicht zu kurz kommt, betont ihre Einstellung wie folgt: „Ich bin auch so für KZ's, denn ich bin der Meinung, daß wir dann solche Probleme wie Aids nicht hätten. Es wäre dann alles einfacher zu lösen. Es käme dann nicht zu einer Seuche, die kämen dann in den Ofen und fertig“. Oder ein Einundzwanzigjähriger, beide Elternteile Mitarbeiter des MfS, sagt: „Wir machen weiter. Wir sind Rebellen und dienen einer gerechten Sache. Skins voran. Wir sind die Elite. Terror gegen Terror, die Rache ist unser“. Man hört da richtig die Nazi-Sprache: „So wie sie gegen uns sind, dürfen sie nichts anderes erwarten, als daß Blut fließen wird, ihres und unseres. Sie werden uns einsperren. Sie werden uns zermürben, aber kapitulieren werden wir nicht und wenn es Rückschläge gibt, ist das für uns ein Stahlbad“. So gibt es noch

weitere Zitate. Bis 1987 wurde die Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR von der MfS-Führung kaum zur Kenntnis genommen. Als besonders gefährlich galten die bis dahin eher links eingestellten Punker. Sie finden Unterlagen, die von der Gefahr des linksradikalen Gedankenguts sprechen. Ausgerechnet in MfS-Unterlagen erwartet man nicht, daß Linksradikale eine so besonders große Gefahr bedeuten könnten. Das Feindbild änderte sich, wir haben das heute schon gehört, mit dem bekannten Überfall von Skinheads auf Besucher der Berliner Zionskirche im Oktober 1987. Dieses Ereignis war peinlich für die DDR-Führung, weil es ihre antifaschistische Selbstdarstellung in Frage stellte, und von da an hat sich auch das MfS vorrangig für Skinheads und nicht mehr so stark für Punker interessiert. Aber auch da wiederum merkte man, daß in den Bezirksverwaltungen im Süden selbst 1988 das ganze noch nicht klar getrennt war. Es gab daraufhin dann auch eindeutige Weisungen, jedenfalls vom Ministerium, sich mit faschistoiden Tendenzen bei Jugendlichen auseinanderzusetzen. Es wurden Aufträge gegeben zu umfangreichen Informationssammlungen und ich hatte vorhin aus einem 1988er Papier zitiert, wo es heißt, die Stützpunkte müssen liquidiert werden. Offiziell wurde vom MfS – ebenso wie von der SED und der FDJ – das Auftreten von Rechtsextremisten als Folge ideologischer Diversion aus dem Westen interpretiert. Intern wurde diese Behauptung bei der Beschreibung einzelner Fälle, zwar faktisch relativiert, es existierte aber im MfS keine fundierte Analyse dieses Phänomens, die den Mitarbeitern des MfS eine Orientierung hätte sein können. Es gab gelegentlich mal Aufstellungen: „Was ist ein Grufti? Was ist ein Punk? Was ist ein Heavy Metal? Was ist ein Skinhead?“ Aber das waren so kurze Absätze. Was sie wirklich für Zielvorstellungen hatten, und wie man denen beikommen konnte, war natürlich dabei nicht erarbeitet worden. Interessant ist, daß ist schon ganz kurz angeklungen, daß das Ministerium des Innern, die Hauptabteilung Kriminalpolizei 1988 den Versuch einer wissenschaftlichen Erforschung dieser Entwicklung gestartet hat. Weiter ist aber interessant, daß als die Untersuchung interessant zu werden drohte, nämlich als mit dieser Erforschung tatsächlich den Ursachen nachgegangen werden sollte, das ganze bei der Kriminalpolizei abgeblockt wurde. Bei der Hauptabteilung der Kriminalpolizei des Innenministeriums wurde ein anderer Gesprächspartner für den Institutsleiter an der Humboldt-Universität, der damit beauftragt war, das zu betreuen, eingesetzt. Der hielt das ganze für überzogen und in seinen Äußerungen machte er deutlich, daß der ganze Forschungsansatz falsch sei. Beispielsweise wurde das wie folgt formuliert: „...Genosse Schmid brachte bei diesem Gespräch des weiteren zum Ausdruck, daß bei Skinheads bisher keine politischen Motive nachweisbar gewesen sein sollen, genau das sollte erforscht werden, und daß es keinerlei politische Hinweise auf eine Beeinflussung gebe. Diese und ähnliche Äußerungen verstärkten in mir den Eindruck, daß dieser Genosse, ungeachtet der ihm übertragenen Verantwortung, nicht genügend dienstlich informiert war“. Das heißt: Man wollte hier nichts wissen. Man sah

die Gefahr, daß möglicherweise interessante Dinge zutage treten könnten. Ein Grund dafür dürfte die Verdrängung gewesen sein. Der Rechtsextremismus in der DDR, wir haben es heute schon gehört, verstieß wohl einerseits fundamental gegen den Versuch, sich als antifaschistischer Staat zu präsentieren, andererseits hatten die von den Rechtsextremisten gepflegten Sekundärtugenden Ordnung, Sauberkeit, Gehorsam, Fleiß eben auch eine ideologisch gefährliche Nähe zu manchem, was man vom Bürger erwartet hat. Interessant ist auch, daß sich aus den Unterlagen ergibt, daß auch am Arbeitsplatz häufig wenig Bereitschaft bestanden hat, sich mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen, mit den Jugendlichen zu diskutieren. Diese positiven Sekundärtugenden waren damit einer der Gründe. Andererseits war auch interessant, daß, als das MfS zumindestens schon ab 1987 begonnen hat, sich kritisch dieser Richtung zu nähern, MfS intern kritisiert worden ist, daß zumindest die Deutsche Volkspolizei sich zu wenig dieser Thematik gestellt hat. In einer MfS-internen Information über ein Vorkommnis am Alexanderplatz, dieses MfS-interne Papier ist vom 24. August 1988, wird beispielsweise kurz beschrieben, was am Alexanderplatz geschehen ist und dann kurz die durchaus kritische Reaktion: „Am 22.08.1988 erschienen ca. 15 Skinheads gegen 17.15 Uhr im Bereich der SB-Gaststätte der HO-Gaststätte (HOG) Alex-Treff und verlangten nach Alkohol. Als dieser verweigert wurde, drohten sie erneut, das war Tage vorher schon passiert, mit Tätlichkeiten, zogen sich dann aber zunächst wieder zurück. Gegen 22.40 Uhr erschienen die gleichen Skins jedoch erneut vor der HOG und fingen, nachdem ihnen Alkohol weiterhin verweigert wurde, ein Handgemenge mit uniformierten Armeeangehörigen an. Als daraufhin erneut das VPR 13 verständigt und um Hilfe gebeten wurde, lehnte die VP dies ab und kommentierte dies mit den Worten: 'Ihr wollt uns wohl verarschen! Wir sind doch nicht eure Prügelknaben!' Und dann heißt es hier weiter durchaus systemkonform: „Unter den Mitarbeitern der HOG, wie auch den Gästen und Passanten, wurde das Auftreten der Skinheads einmütig verurteilt und als Schande empfunden. Größeres Unverständnis wird aber auch gerade deshalb gegenüber dem scheinbar desinteressiertem Verhalten der VP gezeigt, da gerade in dem Zentrumsbereich derart massives Auftreten von Skinheads sehr publikumswirksam ist“. Man spürt hier Versuche einer vorsichtigen Kritik an der DVP. Da gibt es noch einige weitere Unterlagen. Selbst nach dem Vorfall in der Zionskirche, als dann Arbeitsgruppen gebildet worden sind, wird gerügt, daß die DVP den Rechtsradikalismus nicht genügend ernst nimmt, daß sie ständig die Kader auswechselt, die dann neu eingearbeitet werden müssen, daß hier der entsprechende Zug, der entsprechende Druck fehlt, den man zumindest in Teilbereichen des MfS als notwendig erkannt hatte. Der Maßnahmenkatalog des MfS gegen rechtsextrem-orientierte Jugendliche reicht von der Überwachung durch IM, ich habe vorhin die Zahlen genannt, Vorladung zu Einschüchterungsgesprächen, das ergibt sich aus den MfS-Unterlagen, über die Einberufung zur NVA, auch das war ein Weg, der

Inhaftierung beim Nachweis von Straftaten oder die Streuung von Gerüchten, jemand sei Stasispitzel, um ihn dann aus der Gruppierung herauszudrängen, bis hin zur Genehmigung von Übersiedlungsanträgen. Daß gerade das aber nicht die Lösung des Problems war, zeigt sich darin, daß das MfS festgestellt hat, daß gerade von den Übergesiedelten besondere Kontakttätigkeiten zu den Bürgern, die zu den Rechtsradikalen gehörten, die weiter in der DDR geblieben waren, ausgingen. So heißt es beispielsweise in einem Papier vom 10. April 1989, eine streng geheime Information der Hauptabteilung XX: „Einen Schwerpunkt gegnerischer Kontaktpolitik und Tätigkeit, insbesondere hinsichtlich der existierenden Verbindungen zwischen Skinheads in der DDR und denen im Operationsgebiet, hauptsächlich in West-Berlin, üben übergesiedelte ehemalige DDR-Skinheads aus“. Was ganz praktisch war. Man konnte auf der einen Seite nach außen sagen, man sieht, es ist jetzt die Infiltration aus dem Westen, in Wirklichkeit war es eigentlich nur das Exportgut, das weitere Wirkung hatte. Hier heißt es weiter: „Diese aktiven Rückverbindungen sind zunehmend und operativ bedeutsam.“ Das Scheitern der Anfang 1988 verschärften Repressionspolitik ist daran ablesbar, daß die rechte Szene in den folgenden Monaten bis zum Herbst 1989 weiter gewachsen ist, sich ideologisch und organisatorisch verfestigt hat. Vom MfS wurde die Bedeutung dieser Entwicklung unterschätzt. Kriterium seiner Politik bzw. Berichterstattung war, daß die Zahl der öffentlichkeitswirksamen Aktionen zurückgegangen war. Die Zahlen selbst, die man aus den MfS-Papieren entnehmen kann, sprechen jedoch eine andere Sprache. Man sieht hier sehr wohl, bei dem Vergleich, daß selbst die Zahlen bei den registrierten, erfaßten Neofaschisten steigen. Außerdem hat das MfS selbst beobachtet, daß infolge der Repressionsmaßnahmen ein teilweises Abtauchen ins Private zu beobachten war, um staatlichen Repressionsmaßnahmen zu entgehen. So schreibt das MfS in einem Papier vom 12.08.1988: „Die bestehenden Gruppierungen, Gruppenstärke in der Regel 4-8 Personen, haben sich zu einem großen Teil aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und führen ihre Zusammenkünfte in Wohnungen durch bzw. sind bestrebt, dort, wo sie öffentliche Gaststätten oder andere Einrichtungen nutzen, nicht kriminell in Erscheinung zu treten. Daraus resultiert, daß das gewaltorientierte und aggressive Verhalten bei Jugend-, Tanz- und anderen Veranstaltungen, in Bars, Gaststätten, Kulturhäusern, Jugendcafé's und anderen Einrichtungen spürbar zurückgegangen ist.“ Es heißt dann aber weiter: „Die Anzahl der Skinheads hat in Berlin trotz verstärkter gesellschaftlicher Einflußnahme nicht abgenommen. Ausscheidende, einberufene, inhaftierte und übergesiedelte Skinheads werden durch nachwachsende Jugendliche zahlenmäßig ersetzt. Die von den Skinheads ausgehende Gewalt, auch wenn sie nur latent oder verbal vorhanden ist, zieht besonders 15 bis 17jährige Jugendliche an, und läßt sie zu Mitläufern und Sympathisanten und später zu integrierten Gruppenmitgliedern werden“. Zum Schluß vielleicht noch einen Überblick vom MfS selbst und zwar ein Abschlußbericht des MfS zu seiner Tätigkeit

vom 10.04.1989. Hier heißt es: „Im Ergebnis der politisch operativen Arbeit konnten zum Erscheinungsbild und zum Auftreten der Skinheads folgende neue Erkenntnisse gewonnen werden: Das skinheadtypische Aussehen hat sich insgesamt gewandelt. Ein echter Skinhead ist nicht nur derjenige, der mit Glatze, Bomberjacke, Nato hose und Schnürstiefeln in Erscheinung tritt, obwohl dies das klassische Modell bleibt, Skinheads treten heute mit den für die Hitlerjugend typischen Kurzhaarfrisuren, begleitet mit Baseballmützen, Baseballjacken und Jogginganzügen in Erscheinung. Durch Veränderung ihres äußeren Erscheinungsbildes versuchen sie eingeleiteten Maßnahmen zu entgehen.“ Oder zweitens: „Der größte Teil des ursprünglich harten Kerns der Skinheads läßt durch sein Verhalten, auch in den Strafanstalten, erkennen, daß sie nicht bereit sind, ihre Anschauungen zu ändern.“ Inoffizielle Hinweise belegen, daß stabile Informationsbeziehungen zwischen inhaftierten Skinheads und den in Freiheit befindlichen existieren. Aus den Haftanstalten entlassene Skinheads werden wieder in ihre alte Gruppe integriert, Beziehungsmuster gab es also weiter. „Des weiteren liegen Hinweise vor, daß es einigen inhaftierten Skinheads auch in den Untersuchungshaftanstalten und Strafvollzugsanstalten gelingt, Anhänger und Sympathisanten zu gewinnen. Die Tendenz, sich in Gruppen zusammenzuschließen, hält an. Nach wie vor bestehen zahlreiche Kontakte und Verbindungen der Skinheads innerhalb der DDR und schließlich die überwiegende Mehrheit der Vorkommnisse mit Skinheads waren faschistische, rassistische und nationalsozialistische Äußerungen, zum Teil verbunden mit Tötlichkeiten gegen ausländische Bürger, Angehörige bewaffneter Organe und andere Bürger, vor allem gegen Punks und Homosexuelle sowie rowdyhaftes Handeln in der Öffentlichkeit. Dabei ist festzustellen, daß die brutale Gewalt bei Vorkommnissen zunimmt, wie am 10.04.1989. Es liegen operative Hinweise vor, nach denen sich die Skinheads in konspirativen Räumlichkeiten Fertigkeiten in Kraft- und Kampfsportarten aneignen, um bei Auseinandersetzungen körperlich überlegen zu sein. Es gibt erste Anzeichen dafür, daß der betreffende Personenkreis gewalttätige Auseinandersetzungen zunehmend mit technischen Hilfsmitteln, analog der BRD bzw. der Westberliner Skinheadszenen, führen will, Baseballschläger, Schlagringe und Rasierklingen“. Und eine kleine Notiz am Rande, die in dem Zusammenhang ganz interessant ist. Ein vom Landgericht Frankfurt/Oder wegen Mordes an Afrikanern unlängst verurteilter, neofaschistischer Jugendlicher war bereits seit 1988 in einem operativen Vorgang der BV Frankfurt/Oder bearbeitet worden. Eine letzte Notiz, die das Bild der DDR vielleicht auch unter dem Antifaschismus etwas deutlicher macht. In einem abgefangenen Schreiben an Markus Wolf, in dem eine jüdische Mitarbeiterin sich beklagt, heißt es hier in den MfS-Papieren der Auswertung weiter: „Die Schreiberin beruft sich auf ein Gespräch, welches sie mit Ihnen geführt hat“. In ihrem Schreiben an Markus Wolf bittet die Frau um seine Unterstützung für einen XY und jetzt kommt es: „.....der am Gedenktag für die Opfer des Faschismus mit einem

selbstgefertigten Plakat gegen Neofaschismus in der DDR protestierte und sich seit dem 13.10.1989 in Untersuchungshaft befindet“. Auch das sind so Sachen, wir sprechen über Verdrängung von Neofaschismus in der DDR, das ist auch ein Beispiel von Parallelität. Auf der einen Seite sieht man sehr wohl beim MfS, daß neofaschistische Jugendliche eine Gefahr für andere Jugendliche sind, daß es das Image des Staates schädigt und daß man dagegen vorgehen muß mit unterschiedlichen Mitteln, auf der anderen Seite wird gleichzeitig auch gegen Leute vorgegangen, die exakt diesen neue entstehenden Neofaschismus anprangern.

Vielen Dank!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Dr. Geiger. Vier Meldungen liegen mir vor, jetzt fünf. Der erste ist Herr Dr. Kahl.

Abg. Dr. Kahl (CDU/CSU): Ja, ich habe eine Frage an Herrn Weiß. Herr Weiß, Sie waren ja in einem sehr sensiblen Bereich tätig. Im Bereich „Film und Fernsehen“ und dieser Bereich unterlag ja ganz besonderer Kontrolle. Nun hatten Sie sich noch einem Thema verschrieben „Faschismus/Rechtsradikalismus“, das besonders brisant war. Mich würde einmal interessieren: Haben sie diesen Film im Auftrag gemacht oder ist der Film ein Ergebnis verschiedener eigener Recherchen gewesen, wobei Sie möglicherweise auch zu Ursachen gekommen sind, die dem SED-Regime sicherlich nicht so ganz genehm waren? Inwieweit konnten Sie innerhalb dieses Films diese Auseinandersetzung führen oder waren Sie nur verpflichtet, die SED-Meinung zu transportieren, was ja unter Umständen im Widerspruch zu Ihren eigenen Intentionen gewesen wäre?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Markus Meckel, bitte.

Abg. Meckel (SPD): Ich denke, es war sehr wichtig, daß wir auch diesen Nachmittagsteil noch gehabt haben. Ich möchte zwei kurze Fragen stellen.

Vielmehr eine Frage stellen und eine Bemerkung machen.

Einmal im Bezug auf die Ereignisse, die ja in mehrfacher Weise angesprochen worden sind über Aktivitäten von Skinheads. Ich habe 1988 etwas gehört, aber dies war damals eben auch nur gerüchteweise möglich, und ich wollte fragen, ob es da neuere Erkenntnisse gibt, daß es gerade nach den Ereignissen an der Zionskirche Kontakte gegeben hat?

Also, mir war erzählt worden, daß in Pankow bei einem Treffen von alten FDJ-Funktionären eine Reihe von Gesichtern aufgetaucht wären, die von Skinhead-Aktionen bekannt waren. Das hat uns damals zu der Vermutung veranlaßt, die bis heute bei mir unbestätigt geblieben ist, daß es auch in dieser Weise eine Instrumentalisierung der Skinheads gab. Nicht, daß man sich mit ihnen voll auf die gleiche Stufe stellte, aber eine Instrumentalisierung zumindest einzelner Personen und einzelner Aktivitäten und möglicherweise